

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 22 (1942-1943)
Heft: 2

Artikel: Trau - schau - wem! : eine unmögliche Geschichtsquellen [Schluss]
Autor: Dittmann, Wilhelm
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-334610>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Egoismus sehr gut Hand in Hand, der sich immerhin als nationaler Egoismus ausleben kann. Die echte Persönlichkeit, die sich nur in der Wechselbeziehung zwischen freien, gleichen Menschen voll entfalten kann, vermag sich nicht zu entwickeln. Diese Auffassungen hat Piaget in dem Heft über die Individualität der «Semaine de Synthèse» in der prägnantesten Weise ausgedrückt. Von sozialen Problemen aus gesehen, wäre dies die beste Einführung in sein Denken.

Neben den Hauptwerken hat der erst sechsundvierzigjährige Forscher zahlreiche Arbeiten veröffentlicht, wobei hier nur auf seine Geschichte der Pädagogie in der neuen Encyclopédie Française hingewiesen sei, und auf die schwierige Schrift über den «Mechanismus der geistigen Entwicklung» (Archives de Psychologie, Dezember 1941), ferner auf «Geist und Wirklichkeit» im Jahrbuch der Schweizer Philosophischen Gesellschaft (1941), worin zu lesen ist:

«Wozu soll man, jeder für sich, subjektive Systeme erfinden, wenn man, in wie bescheidenem Maße auch immer, an dem kollektiven Werk der wissenschaftlichen Forschung teilnehmen kann, die – ob sie sich nun dessen bewußt ist oder nicht – die immer eindringendere Analyse des Problems (Beziehung zwischen Geist und Wirklichkeit) verfolgt. Es ist vielleicht fruchtbarer, einen Bogen des Kreises (gemeint ist wieder der Kreislauf der Wissenschaften zwischen Geist und Materie) tatsächlich zu durchmessen, als in der Einbildung seine endliche Schließung vorwegzunehmen.»

Eine kritische Diskussion läßt sich hier nicht anschließen. Sie hätte allenfalls auszugehen von der zu einfachen Antithese: Freiheit–Zwang; mit ihr ist dem Halbdunkel der modernen demokratischen Gesellschaften nicht beizukommen, wo der Zwang sich in die Form der Freiheit hüllen kann, woraus sich eine ganz eigentümliche Bewußtseinslage ergibt. Gerade in den eher gesellschaftskritischen Werken, in denen Piaget die Tradition Pestalozzis fortsetzt, bleibt ein gewissermaßen naiver demokratischer Optimismus, der sich aus diesem nicht ganz zulänglichen Ausgangspunkt erklären läßt und den die Geschichte dementiert hat.

Aber wichtiger als diese und andere Diskussionen ist es, Piagets Werk zunächst einmal kennenzulernen und mit seinen Methoden (die ihm wichtiger sind als seine Resultate) vertraut zu werden, ihren ganzen Reichtum auszuschöpfen, der hier nicht einmal angedeutet werden konnte. Dann wird man uns zugeben, daß das seinerzeit berechtigte Wort Gagliardis, «Bis zur Gegenwart blieb die Schweiz ohne einen einzigen großen spekulativen Geist» (zitiert in V. Gitermann, Geschichte der Schweiz), dank Jean Piagets Wirken seine Geltung verloren hat.

Trau — schau — wem!

Eine unmögliche Geschichtsquelle

Von Wilhelm Dittmann
(Schluß.)

Zu Weihnachten trat ein Ereignis ein, durch welches die grundsätzlichen Gegensätze im Rat der Volksbeauftragten in den Militärfragen für

die Öffentlichkeit verdunkelt worden sind. Dieses Ereignis war die am 24. Dezember 1918, morgens 8 Uhr, einsetzende *Kanonade* von Truppen des Generalkommandos Lequis auf die Volksmarinedivision im Berliner Schloß und dessen Marstall. Die Volksmarinedivision stand zur gemeinsamen Regierung Ebert–Haase und hatte sich trotz aller Bemühungen des mehrheitssozialistischen Berliner Stadtcommandanten Otto Wels nicht bereit finden lassen, sich eindeutig für die Mehrheitssozialdemokratie zu erklären.

Die Beschießung war von der Universität Unter den Linden gegen Schloß und Marstall erfolgt, und der befehlende Offizier hatte unserem bei Beginn der Kanonade zur Universität geeilten Regierungskollegen Barth erklärt, er handle auf Befehl der Regierung. Ebert, Scheidemann und Landsberg erklärten uns drei unabhängigen Regierungsmitsgliedern in der Reichskanzlei, sie wüßten von nichts, sie hätten den Befehl zum Angriff gegen die Matrosen nicht gegeben. Die Matrosen schlugen den Angriff ab, und durch das Eingreifen mehrerer Vermittler und das Erscheinen großer Scharen von Arbeitern und anderer Soldatenformationen kam es zum Einstellen der Feindseligkeiten. Drei Tage lang stellten Ebert und seine beiden Freunde immer wieder in Abrede, zu wissen, wie es zum Angriff auf die Volksmarinedivision gekommen sei, und leugneten, den Befehl dazu gegeben zu haben. Inzwischen rückte der 28. Dezember heran, der Tag, an dem die Militärfragen in einer neuen Sitzung mit dem Zentralrat entschieden werden sollten.

Da – nach drei Tagen immer wiederholten hartnäckigen Leugnens – rückten Ebert und seine Freunde mit dem Eingeständnis heraus, daß sie in der Nacht vom 23. auf den 24. Dezember dem in Demission befindlichen Kriegsminister General Scheuch den Befehl zum Angriff auf die Volksmarinedivision gegeben hätten. Als Grund dafür gab Ebert an, daß der in der Gewalt der Matrosen befindlich gewesene und von ihnen mit dem Tode bedrohte Stadtcommandant Otto Wels dadurch hätte befreit werden sollen. Die Unwahrheit dieser Begründung lag auf der Hand, denn durch die Kanonade auf das Gebäude, in dem Wels weilte, wurde sein Leben ja erst recht bedroht. Das Zwischenspiel, in dem Wels von den Matrosen bedroht worden war, war bereits stundenlang vorüber gewesen, als der Befehl von Ebert zum Angriff auf die Matrosen gegeben worden war. Der wahre Grund mußte also ein anderer gewesen sein.

Wie sich erst sechs Jahre später, 1925 im Münchner Dolchstoßprozeß, durch die zeugeneidliche Aussage des Generals Gröner herausgestellt hat, hatte er Ebert bewogen, die Volksmarinedivision, weil sie an der gemeinsamen Regierung Ebert–Haase festhielt, mit Waffengewalt beseitigen zu lassen, um dann auch uns drei Unabhängige aus der Regierung beseitigen zu können. Der Angriff auf die Matrosen war mißglückt, aber die Entfernung der Unabhängigen trat ein als Folge ihres fehlenden Rückhalts im Zentralrat. Unsere USPD.-Fraktion auf dem Rätekongreß hatte in überradikaler Stimmung die Riesendummheit begangen, die ihr angebotene paritätische Besetzung des Zentralrats abzulehnen, so daß dieser aus lauter Mehrheitssozialisten bestand. Das sollte sich jetzt rächen.

In der Sitzung mit dem Zentralrat am 28. Dezember kam es zu einer

stundenlangen Aussprache über die Vorgänge vom 24. Dezember und über die vorgesehene Entscheidung in der Militärfrage. Wir drei unabhängigen Volksbeauftragten formulierten die Differenzpunkte schließlich in acht Fragen an den Zentralrat. Dieser erklärte in Beantwortung unserer drei ersten Fragen über die Vorgänge vom 24. Dezember, daß Ebert und seine Freunde dem Kriegsminister «*lediglich den Auftrag erteilt (hätten), das Nötige zur Befreiung des Genossen Wels zu veranlassen*», und das billige er, während er die Art der Ausführung, die Kanonade auf Schloß und Marstall, mißbillige.

Zu den grundsätzlichen Militärfragen erklärte der Zentralrat ausweichend – offenbar um Ebert, Scheidemann und Landsberg nicht desavouieren zu müssen –, sie «ohne vorherige eingehende Erörterung nicht beantworten zu können», trotzdem stundenlang über sie gesprochen worden war. Nach diesem Versagen des Zentralrats in den *Kernfragen der Revolution* und der Unmöglichkeit, mit Ebert, Scheidemann und Landsberg weiter *vertrauensvoll* zusammenarbeiten zu können, traten Haase, Barth und ich am Schlusse der Sitzung – in der Nacht vom 28. auf den 29. Dezember 1918 – aus dem Rat der Volksbeauftragten, der ersten Revolutionsregierung, aus.

Mit ihrem auf die Sentimentalität berechneten Vorwand für den Angriffsbefehl hatten Ebert und seine Freunde *den Kriegsminister Scheuch öffentlich blamiert*. Er war darüber so empört, daß er am 30. Dezember 1918 Ebert eine heftige Szene machte und ihm sein Amt vor die Füße warf. Beim Verlassen der Reichskanzlei traf ich zufällig mit ihm zusammen. Als ich ihm sagte, er habe sich aber einen schlechten Abgang verschafft, denn es sei doch kein militärisches Bravourstück, um einen Gefangenen zu befreien, das Haus, in dem er sich befindet, mit Kanonen beschießen zu lassen, erwiederte er in größter Erregung, *er habe keinen Befehl erhalten, das Leben von Wels zu retten, sein Auftrag habe gelautet, die Matrosen mit Waffengewalt aus Schloß und Marstall zu vertreiben*.

Wie schon bemerkt, erhielten die Vorgänge vom Dezember 1918 erst 1925 durch die Aussage Gröners im *Münchner Dolchstoßprozeß* ihre volle Aufklärung. In einer *Lobrede auf Ebert* sagte der General dabei (Prozeßbericht, Verlag Birk & Co., München, S. 224 u. f.):

«Zunächst handelte es sich darum, *in Berlin den A.- und S.-Räten die Gewalt zu entreißen*. Zu diesem Zwecke wurde ein Unternehmen geplant, zehn Divisionen sollten in Berlin einmarschieren. *Ebert war damit einverstanden*, ein Offizier wurde zu den Verhandlungen über die Einzelheiten, auch mit dem preußischen Kriegsminister war zu verhandeln, nach Berlin geschickt ... Wir haben ein Programm ausgearbeitet, das nach dem Einmarsch eine *Säuberung Berlins* und die *Entwaffnung der Spartakisten* vorsah. Das war auch mit Ebert besprochen, dem ich dafür ganz besonders dankbar bin wegen seiner absoluten Vaterlandsliebe und restlosen Hingabe an die Sache.» ... Nach einer Zwischenbemerkung ... schildert Gröner ... «den Drang der Truppen nach der Heimat, der so stark wurde, daß das Programm nicht ausgeführt werden konnte. Von den zehn Divisionen blieben nur 1800 bis 2000 Mann übrig, als der 23. Dezember kam ... Ich habe ihn (Ebert) dann um sein Einverständnis gebeten, daß am 24. Dezember die Matrosendivision in Schloß und Marstall von unseren Truppen angegriffen wird. *Ebert gab sein Einverständnis*, der

Angriff ist auch erfolgt... Das politische Ziel, das Ebert im Auge hatte in diesen Tagen und worüber er mit mir gesprochen hat, war, einmal *das Hinausdrängen der Unabhängigen aus der vorläufigen Regierung* und zweitens die Sicherung der Nationalversammlung... Die Ziele wurden erreicht.»

In dieser eidlichen Zeugenaussage des Generals Gröner tritt die *konterrevolutionäre Rolle*, die Ebert damals unter Grönern Einfluß gespielt hat, klar zutage. Für Gröner waren die Matrosen «Spartakisten», die entwaffnet werden sollten, und für Ebert bildeten sie das Hindernis, die Unabhängigen aus der Regierung zu entfernen. *So fanden sie sich zum Angriff auf die Matrosen zusammen.* Mit diesen schwiebten damals Verhandlungen, sie in richtigen Kaserements unterzubringen. Der Rechtssozialist Kurt Heinig, der spätere Reichstagsabgeordnete, hatte im Auftrag des Preußischen Finanzministeriums mit ihnen ein *Abkommen* darüber getroffen, das am 18. Dezember 1918, also noch während des Rätekongresses, dem Stadtcommandanten Otto Wels, seinem Parteigenossen, zur Gutheißung vorlegte. Heinig schildert in seinem Buche «Hohenzollern» (S. 95), wie es ihm dabei erging; er schreibt:

«Kurz zusammengefaßt, wurde die Aussicht auf baldige Räumung des Schlosses auseinandergesetzt. Die Matrosen sollten vorläufig einmal das Schloß verlassen, im Marstall würden ihnen von uns Büroräume zur Verfügung gestellt werden... Nach einiger Zeit werde es nicht schwer sein, den Marinerat auch aus dem Marstall in ein richtiges Kasernement hineinzubekommen. Wels hörte aufmerksam zu... Der Stadtcommandant antwortete: „Ja, Ihr Plan hat viel für sich, aber *jetzt ist's zu spät*. Die Matrosen müssen zugleich aus Schloß und Marstall heraus.“... Ins Tagebuch kam für den 18. Dezember 1918 der Satz: Ihr Plan hat viel für sich, aber jetzt ist's zu spät...»

Inzwischen war Wels eben von Ebert informiert worden, daß nach Beendigung des Rätekongresses die Matrosen mit Waffengewalt aus Schloß und Marstall entfernt werden sollten, daher sein «zu spät». Er trieb nun den Matrosen gegenüber eine *Politik des Hinhaltens und der Sabotage*, verlangte von ihnen, das Schloß zu räumen, ohne die Vereinbarung Heinigs anerkannt zu haben, und drohte, ihnen die fällige Lohnungsdekade nicht auszahlen zu lassen (unmittelbar vor Weihnachten!), um sie zu Unbesonnenheiten zu reizen und so für die Öffentlichkeit einen Vorwand zu schaffen, durch den ein gewaltsames Vorgehen gegen sie gerechtfertigt erscheinen konnte. So kam es zu *allerlei Reibereien*, in deren Verlauf die Matrosenwache in der Reichskanzlei am Abend des 23. Dezember auch für kurze Zeit die Telephonzentrale der Reichsregierung sperrte und Wels von den Matrosen im Marstall festgesetzt und bedroht worden war. Mit der tendenziösen Ausschlachtung dieser kleinen Zwischenfälle wurde dann versucht, die Matrosen in der Öffentlichkeit ins Unrecht zu setzen, während der Angriff auf sie schon vorher bei Gröner und Ebert beschlossene Sache gewesen war.

Diese in Kürze rekapitulierten *Tatsachen über die entscheidenden Ereignisse* im November und Dezember 1918, die nach dem Ausscheiden der drei unabhängigen Regierungsmitglieder aus der ersten Revolutionsregierung bekanntlich im Noske-Kurs zum völligen Abschwenken in das Fahrwasser des alten Militarismus und der Freikorps und schließlich zum

Kapp-Putsch geführt haben, werden von dem mit seiner «Objektivität» sich brüstenden «Historiker» Rosenberg *systematisch vernebelt und verwedelt*, um das Vorgehen von Ebert und seinen Freunden als vollkommen gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Den Beschuß des Rätekongresses über die Kommandogewalt verschweigt er und *sucht das eidliche Zeugnis des Generals Gröner zu entkräften*, indem er behauptet (S. 244), wenn Ebert die Unabhängigen hätte aus der Regierung entfernen wollen, so hätte er das auf dem Rätekongreß «ohne jede Mühe und gestützt auf den Rätekongreß selbst» tun können. Dabei war die Grundstimmung auf dem Kongreß für absolute Parität der beiden sozialistischen Parteien, und in den strittigen Militärfragen stand der Kongreß völlig auf unserem Standpunkt, so daß Ebert wohl wußte, weshalb er dort keinen Vorstoß zu unserer Entfernung unternahm, der ihm übel bekommen wäre.

Rosenberg sucht Gröners Aussage schließlich als «völlig phantastisch» hinzustellen (S. 245), weil Gröner berichtet hatte, Ebert habe ihm am Abend des 24. Dezember gesagt, er wolle sich jetzt drei Tage schlafen legen und aus den Protokollen des Rates der Volksbeauftragten hervorgehe, daß nur am 25. Dezember keine Regierungssitzung stattgefunden, ergo Ebert keine drei Tage geschlafen habe. Abgesehen davon, daß Eberts Bemerkung ja nur den Sinn haben konnte, daß er sich einmal gründlich ausschlafen wolle und gar nichts dafür beweist, wie lange er dann tatsächlich geschlafen hat, stimmt Rosenbergs angebliche Protokollangabe nicht, wonach Ebert und Scheidemann in der Sitzung des Rates der Volksbeauftragten vom 26. Dezember anwesend gewesen seien.

An diesem Tage erschienen nämlich alle drei mehrheitssozialistischen Volksbeauftragten – Ebert, Scheidemann und Landsberg – *überhaupt nicht in der Sitzung*, trotzdem sie schon vor Weihnachten angesetzt worden war und zu ihr alle Staatssekretäre der einzelnen Reichsämter geladen waren, um die durch den Rätekongreß in Verzug gekommenen Anliegen zu erledigen, so daß wir drei Unabhängigen – Haase, Dittmann und Barth – *allein regieren* und die Entscheidungen treffen mußten. Erst am 27. Dezember erschienen Ebert, Scheidemann und Landsberg wieder in der Reichskanzlei.

Trotzdem Rosenberg wie jeder Zeitungsleser von Ende Dezember 1918 weiß, daß Ebert uns drei Tage lang – es gibt dafür kein anderes Wort – angelogen hat, nicht zu wissen, wie es zum Angriff auf die Matrosen gekommen war und dann mit einer neuen Unwahrheit sich zu decken suchte, bringt er es fertig, zu schreiben (S. 45): «*Ebert hat niemals die Pflicht der Loyalität gegenüber Kollegen von der USPD. verletzt.*» Gegen die hinterrücks angegriffenen Matrosen wettert Rosenberg (S. 54) ganz im Stile reaktionärer Machthaber und behauptet: «Aber irgendein schuldhaftes Verhalten der Volksbeauftragten, besonders der drei Mehrheitssozialisten, läßt sich in diesen Tagen nicht feststellen. (sic!) Die Volksbeauftragten waren den Matrosen gegenüber unbedingt im Recht.» Er bringt es sogar fertig, die Angegriffenen als die Angreifer hinzustellen, indem er hinzufügt: «Man kann Ebert auch keinen Vorwurf daraus machen, daß er *in der äußersten Notlage* (sic!) den regierungstreuen Generälen die Aufforderung zum Kampf gegen die Matrosen zugehen ließ. Die Aktion der Generäle

konnte politisch sehr üble Folgen haben. Aber im Augenblick befand sich die Regierung *in der Lage eines Ertrinkenden* (sic!), der nach dem ersten besten Arm greift, der sich ihm entgegenstreckt.» So stellt Rosenberg die Dinge auf den Kopf.

Während Rosenbergs ganze Argumentation darauf hinausläuft, das Verhalten Eberts und seiner beiden Freunde zu rechtfertigen, behandelt er gleichzeitig *das Verhalten von Haase, Dittmann und Barth als nicht zu billigen*. Er sagt in Gemütsruhe:

«Das Verhalten der drei unabhängigen Volksbeauftragten war sachlich nicht zu rechtfertigen, sondern nur aus parteipolitischen Rücksichten zu erklären. Denn wer einigermaßen objektiv die Vorgänge des 23. und 24. Dezember betrachtet, kann einen Tadel gegen die mehrheitssozialistischen Volksbeauftragten nicht aussprechen. Dittmann und Haase suchten denn auch bei ihren Anklagen gegen Ebert und Scheidemann das Kampffeld zu erweitern. Sie betonten, daß zwischen ihnen und den Mehrheitssozialisten prinzipielle Meinungsverschiedenheiten in der Militärpolitik beständen. (Diese angebliche ‚Erweiterung‘ war der *ursprüngliche Grund* für die schon vor Weihnachten anberaumte Sitzung! W. D.) ... Aber wenn die Gefahr bestand, daß Ebert in seinem Entgegenkommen gegen die Offiziere zu weit ging, dann wurde diese Gefahr durch den Austritt der Unabhängigen aus der Regierung nur vergrößert.» (S. 55.)

Hier stellt sich Rosenberg, als wenn er nicht wüßte, daß wir austraten, weil uns die Rückendeckung durch den Zentralrat fehlte. Dabei sagt er (S. 51) an anderer Stelle selber: «Mit diesem Entschluß der USP.-Fraktion des Rätekongresses war indessen die Position der unabhängigen Volksbeauftragten eigentlich unhaltbar geworden.»

Die Haltung der unabhängigen Volksbeauftragten gegenüber Ebert und seinen Freunden erklärt Rosenberg zwar für ungerechtfertigt, aber er bringt es fertig, alle ihre Argumente gegen Ebert und seine Politik fortgesetzt dem Leser als *seine eigene überparteiliche kritische Auffassung zu servieren, eine nicht zu überbietende literarische Unehrlichkeit und Hinterhältigkeit*. Ein Beispiel dafür: Die 7. Frage, die wir drei Unabhängigen vor unserm Austritt aus der Regierung dem Zentralrat vorgelegt hatten, lautete:

«Steht der Zentralrat mit uns auf dem Standpunkt, daß die Regierung der sozialistischen Republik sich militärisch nicht stützen kann und darf auf die Generalität und die Reste des auf dem Kadavergehorsam aufgebauten alten stehenden Heeres, sondern nur auf eine nach demokratischen Grundsätzen aus Freiwilligen zu bildende Volkswehr?»

Diese in fast allen Büchern über die deutsche Revolution abgedruckte Frage, die zu den wichtigsten Dokumenten jener Tage gehört, *verschweigt Rosenberg vollständig*, der Leser erfährt nicht, daß sie von uns gestellt worden ist. Aber der große revolutionäre Kritiker Rosenberg sagt vorwurfsvoll als sein Eigengewächs (S. 44):

«Die Volksbeauftragten hätten unbedingt ... die nötigen Schritte tun müssen, um sich auch nach der Auflösung der alten Armee eine zuverlässige demokratische Polizeitruppe zu verschaffen. Aber es geschah nichts Ernsthaftes. Auf dem Papier wurde zwar eine freiwillige Volkswehr gegründet, aber sie trat nirgends in Erscheinung.»

Ein direktes Plagiat unserer Frage 7 an den Zentralrat! Daß Ebert die Bildung der Volkswehr sabotiert hatte und wir *deshalb* die Frage 7 an den Zentralrat richteten, erfährt der Leser bei Rosenberg nicht. So schreibt Rosenberg «Geschichte»!

Die *Personenkenntnis* Rosenbergs ist eine sehr mangelhafte. Mich läßt er über Gebühr hervortreten, weil er mich in der Berliner Stadtverordnetenversammlung und im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß näher kennengelernt hat. Er nennt *zur Personifikation der USPD.* schon von ihren ersten Anfängen her neben Haase stets auch mich, damals waren aber *Haase und Ledebour* die Vorsitzenden der Partei und der Fraktion und galten bei Freund und Feind als die ersten Repräsentanten der USPD., während ich – 11 Jahre jünger als Haase und 24 Jahre jünger als Ledebour – damals neben ihnen erst allmählich mit in die Führung hineinwuchs. Wo Rosenberg Haase und Dittmann oder gar Dittmann und Haase sagt, muß es deshalb an vielen Stellen Haase und Ledebour heißen. Durch die Überbetonung meiner Rolle wird *Ledebour zu einem wesenlosen Schemen*.

Rosenberg stellt völlig *willkürlich und beweislos* im weiteren Verlaufe seiner «Geschichtsschreibung» (S. 158) die Behauptung auf: «Ohne Zweifel hatte im Sommer 1923 die KPD. die Majorität des deutschen Proletariats hinter sich.» Er konstruiert dann (S. 176) für 1919, 1920 und 1923 je eine «revolutionäre Situation» und erklärt mit der Miene des großen Unparteiischen, daß 1919 die SPD., 1920 die USPD. und 1923 die KPD. die Schuld hatte, daß sie nicht ausgenutzt wurden, um nach diesem Beweise seiner «Objektivität» zu dem wieder auf Eberts Entlastung berechneten Schlusse zu kommen:

«Wenn sich die politische Schuld in dieser wunderlichen Gleichmäßigkeit auf alle Richtungen der deutschen Arbeiterbewegung verteilt, so zeigt dies, daß es sich hier nicht nur um die Unzulänglichkeit einzelner Führer handeln kann. Sondern die deutsche sozialistische Arbeiterschaft als Ganzes war den riesigen Aufgaben nicht gewachsen, vor die sie der 9. November 1918, eigentlich ganz unvorbereitet, gestellt hat.»

Darauf läuft letzten Endes Rosenbergs ganze Argumentation hinaus, daß *das deutsche Proletariat 1918 nicht reif gewesen sei* für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft, es also gleichgültig war, ob Ebert und seine engeren Freunde persönlich versagt haben oder nicht. In diesem Sinne sagt er schon früher (S. 37):

«Was sich in der deutschen Revolution rächte, war die *unzulängliche politische Schulung der deutschen Sozialdemokratie vor 1914*. Wenn man überhaupt einen einzelnen Schuldigen suchen will, dann hätte es viel mehr historische Berechtigung, August Bebel zu nennen, als Ebert oder Scheidemann.»

Hier spricht Rosenberg *wie der Blinde von der Farbe*. Wie wenig und falsch er über Bebels Wirken informiert ist, habe ich schon bei der Frage des Kampfes gegen den Revisionismus gezeigt. Wie über diese Frage, so hätte Rosenberg auch über die politische Schulung der Arbeitermassen vor dem Kriege aus den sozialdemokratischen Parteitagsprotokollen lernen können, denen die *Rechenschaftsberichte der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion* vorangestellt waren und aus denen sich ergab, daß die Fraktion unter Bebels Führung *zu allen Fragen des öffentlichen Lebens* im

sozialistischen Sinne stets *Stellung genommen* hat. Und wenn Rosenberg dann noch einen Blick in eine *sozialdemokratische Zeitung* der Vorkriegszeit geworfen hätte, so würde er gesehen haben, daß dort ständig *seitenlange Berichte* über die Reichstagsverhandlungen enthalten waren, die von den Arbeitern förmlich verschlungen wurden und ihnen eine *politische Schulung* vermittelten, wie sie keine andere Partei ihren Mitgliedern zuteil werden ließ. Seit 1906 setzte überdies eine *systematische Bildungsarbeit* in allen Orten und Bezirken der Partei ein, und eine *Parteischule* in Berlin sorgte für die politische, wirtschaftliche und soziale Schulung der heranwachsenden Führergeneration. Von all dem weiß Rosenberg offenbar nichts.

Nein, nicht August Bebels Schulung hat 1918 versagt, sondern *der sozialistische Machtwille von Ebert und seinen engeren Freunden*, die im Kriege den sozialistischen Kompaß verloren hatten, und in der Revolution, statt sich auf die revolutionären Massen zu stützen, gegen diese gemeinsam mit den gestürzten Gewalten glaubten regieren und sich dabei *der reaktionären Militärs bedienen* zu können, eine Politik, die direkt zur *Konterrevolution* geführt hat.

Das bekannte *Wort von Karl Marx* in «Revolution und Konterrevolution» (S. 2), das Versagen des Herrn A. oder des Bürgers B. erkläre noch nicht, «wieso es kam, daß das ‚Volk‘ sich verraten ließ», kann Ebert und Genossen nicht entlasten. In den 70 Jahren von 1848 bis 1918 hatte die politische Struktur des deutschen Volkes eine grundlegende Veränderung erfahren. Im Jahre 1848 noch eine amorphe Masse ohne politische Schulung und festorganisierte Parteigebilde, war das deutsche Volk beim Ausbruch des Weltkrieges in großen politischen Parteien organisiert, deren Zweck es war, der Politik ihren Stempel aufzudrücken. Keine Partei war dazu besser imstande, als die *Sozialdemokratische Partei*, und in keiner Partei besaß der Parteivorstand größeres Vertrauen, als in der Sozialdemokratischen Partei. *August Bebel*, der Vorsitzende und führende Kopf des Parteivorstandes, hatte sich bei der Masse der Parteimitglieder und in den Volksmassen schlechthin ein *schier grenzenloses Vertrauen* erworben, das sich automatisch auf den Parteivorstand übertrug, der auch als höchste Instanz der Partei eine *gewaltige Autorität* besaß.

Bebel starb erst ein Jahr vor dem Kriege, und der Nimbus, den er dem Parteivorstand verschafft, sowie dessen Autorität waren in der Partei noch lebendig. Ebert war 1913 als direkter Nachfolger Bebels zum Parteivorsitzenden gewählt worden, nachdem er dem Parteivorstand schon seit 1905 angehört hatte. Krieg, Belagerungszustand und Zensur machten der großen Masse die selbständige politische Orientierung fast unmöglich. Sie *vertraute weiter der Parteiführung*, über der noch immer Bebels Geist schwebte; deshalb verharrte sie auch 1917 bei der Parteispaltung zu einem großen Teil in den alten, vom bisherigen Vorstande geführten Organisationen. Die Haltung der Führung war entscheidend für ihre eigene Haltung und die Haltung der Sozialdemokratie war am Kriegsende entscheidend für das ganze deutsche Volk.

Dieses *doppelte Vertrauen*, das Vertrauen der Mitglieder zur Führung und das Vertrauen des Volkes zur Sozialdemokratie, war kein erzwungenes sondern *ein freiwilliges*, das in Jahrzehnten erwachsen war, und glich dem

Glauben, der Berge versetzen kann. Bei Ausbruch der Revolution herrschte eine für die Sozialdemokratie *beispiellos günstige psychologische Situation*, so daß sie, einig und geschlossen, durch energisches und zielbewußtes Auftreten im Geiste Bebels das ganze deutsche Volk mit sich hätte fortreißen können.

Während die Massen der Mitglieder im Vertrauen auf die Führung und die Volksmassen im Vertrauen auf die Sozialdemokratie in dem Glauben waren, von Ebert und seinen Freunden in diesem Sinne geführt zu werden, *fraternisierten diese heimlich* mit den alten Gewalten und verhalfen ihnen wieder zu Macht und Einfluß. *Das ist und bleibt die historische Schuld von Ebert und Genossen.* Diese Schuld ist nicht zu bestreiten, wenn man nicht jede persönliche Verantwortlichkeit handelnder Personen leugnen und den Ablauf der Geschehnisse fatalistisch als einen unbeeinflußbaren, rein mechanischen Prozeß hinstellen will, was von Marx bekanntlich *nicht geschehen* ist, weshalb man sich zur Rechtfertigung von Ebert und seinen Freunden nicht auf Marx berufen kann.

Rosenbergs Behauptung von der *mangelnden Schulung und Reife* der deutschen Arbeiterklasse als Grundursache des Versagens der deutschen Revolution von 1918 braucht man nur entgegenzustellen, was *derselbe Rosenberg*, der in seiner industriellen Betriebsamkeit im Berliner Rowohlt-Verlag 1932 auch ein Buch «*Geschichte des Bolschewismus*» herausgegeben hat, darin über *Lenin* sagt, der unter primitivsten ökonomischen Verhältnissen und mit einer noch tief im Analphabetentum steckenden, ungeschulten und politisch unreifen Volksmasse die sozialistische Revolution über eine bürgerliche Zwischenstufe hinweg zum Sieg geführt habe.

Für eine einwandfreie Darstellung der *deutschen Geschichte* der letzten Jahrzehnte fehlen Rosenberg *die elementarsten Voraussetzungen*. Wer ihm folgt, gerät in einen *Irrgarten*, in dem er sich im Kreise herumdreht und schließlich jede Richtung und Orientierung verliert, so daß er *nicht weiß, was geschichtliche Wahrheit und was tendenziöse Geschichtsklitterung ist.* Deshalb: Trau – schau – wem!

Zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie

Von Valentin Gitermann

Als Lenin beim Ausbruch des ersten Weltkrieges, Anfang August 1914, erfuhr, daß die Kriegskredite im Deutschen Reichstag mit Zustimmung der Sozialdemokraten bewilligt worden seien, weigerte er sich bekanntlich, dieser Meldung zu glauben; er brandmarkte sie zornig und aus voller Überzeugung als eine ungeheuerliche Finte des deutschen Generalstabs, der durch Betrug in die Reihen der deutschen Arbeiterschaft Verwirrung hineinragen wolle, um einen patriotischen Zusammenschluß des ganzen deutschen Volkes vorzutäuschen oder künstlich herbeizuführen. Eine Verbrüderung der deutschen Genossen mit der kaiserlichen Regierung hielt Lenin unter allen Umständen wohl für ebenso unmöglich wie den Übertritt des Papstes zum Luthertum.